

# Das Atomthema ist noch nicht vom Tisch –

## 10 Forderungen an die Grünen in der neuen Bundesregierung

Das Atomthema ist noch nicht vom Tisch – weder in Deutschland noch auf europäischer und internationaler Ebene. Die ÖDP Bayern formuliert 10 Forderungen an die neue Bundesregierung und fordert von den Grünen, auf eine Verankerung dieser Ziele im neuen Koalitionsvertrag zu bestehen:

### Atomausstieg

#### **01 Alle AKW sofort abschalten**



Die noch laufenden Atomkraftwerke müssen sofort abgeschaltet werden, nicht erst Ende 2022.

Der Betrieb der laufenden AKW stellt - auch für einige hundert Tage - ein nicht hinnehmbares Risiko dar. Die Reaktoren werden mit zunehmendem Alter immer störanfälliger. Auch die Gefahr von Flugzeugabstürzen ist in die Sicherheitsbewertung einzubeziehen.

Eine konsequentere Atomaufsicht, die Sicherheitsanforderungen umsetzt und alle Möglichkeiten der Sicherheitsverbesserung wahrnimmt, kann die Reaktorlaufzeit verkürzen – wenn nötig mit bundesaufsichtlichen Weisungen. Es darf kein weiterer Atom Müll erzeugt werden.

### Internationales

#### **02 Anti-Atom-Außenpolitik**



Die Bundesregierung muss sich auf europäischer und internationaler Ebene aktiver für den Atomausstieg einsetzen und dazu Bündnisse mit anderen atomkritischen Ländern schließen.

### 03 Euratom



Euratom-Vertrag abschaffen oder reformieren, zur Not austreten

Die Bundesregierung muss alle nötigen Schritte auf den Weg bringen, um Euratom in seiner bisherigen Form abzuschaffen oder den Euratom-Vertrag von einem Atom-Förder- zu einem Atomausstiegs-Vertrag umzuschreiben. Wenn das nicht gelingt, dann muss Deutschland aus dem Euratom-Vertrag austreten.

### 04 Kein Öko-Label für Atomkraft



EU-Finanz-Instrumente dürfen nicht die Atomkraft privilegieren. Bei allen EU-Finanz-Instrumenten, bei denen es um „Nachhaltigkeit“ geht, muss die Förderung oder Bevorzugung von Atomenergie ausgeschlossen sein. Es darf keine öffentliche Förderung von Atomenergie in der EU geben. Dies betrifft auch Exportgarantien.

### 05 Atom-Haftpflicht durchsetzen



Versicherungsschutz von Atomanlagen verbessern, Betreiber-Haftung durchsetzen  
Deutschland muss sich im Rahmen der bestehenden völkerrechtlichen Möglichkeiten für eine unbegrenzte Betreiberhaftung und für höhere Versicherungen bei Atomunfällen einsetzen.

## Rechtliches

### **06 Gewaltenteilung wiederherstellen**



Die 17. Atomgesetz-Novelle muss zurückgenommen werden, weil sie Klagerechte einschränkt und die Gerichte in ihrer Kontrollfunktion behindert.

## Energiewende

### **07 Atomkraft raus aus dem EEG!**



Die ursprüngliche Dynamik des EEG muss wieder hergestellt werden. Alle bürokratische Hürden, die den Ausbau der Erneuerbaren Energien verlangsamen, müssen gestrichen werden. Bei der letzten EEG-Änderung wurde der §1, Absatz 3 neu formuliert: „Ziel dieses Gesetzes ist es ferner, dass vor dem Jahr 2050 der gesamte Strom, der im Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland (...) erzeugt oder verbraucht wird, treibhausgasneutral erzeugt wird.“ Vorher definierte das EEG Ziele für Erneuerbare Energien. Der Begriff „treibhausgasneutral“ könnte ein Einfallstor für Atomstrom sein und muss deshalb raus aus dem EEG.

### **08 Atom-Wasserstoff verhindern**



Import von „gelbem“ Wasserstoff (mit Atomstrom produziert) muss ausgeschlossen werden. Es darf nur grüner Wasserstoff aus Erneuerbaren Energien produziert werden. Es darf keine Förderung von gelbem Wasserstoff und der damit verbundenen indirekten Förderung der Atomkraft geben. Ebenso muss es ein Importverbot von gelbem Wasserstoff geben, wozu auch eine eindeutige Klassifizierung notwendig ist.

## Atommüll

### **09 Mehr Transparenz und Beteiligungsrechte bei der Standortsuche**



Immer mehr Bürgerinitiativen und Verbände kritisieren die Intransparenz der Endlager-Standortsuche. Die ÖDP sieht die Atomendlagersuche in einer „Glaubwürdigkeits-Sackgasse“. Wir fordern einen Neustart nach der Regierungsbildung mit echter Bürgerbeteiligung. So intransparent wie es jetzt läuft, kann das nichts werden. Die Standortsuche braucht mehr Transparenz bezüglich der zugrundeliegenden geologischen Daten. Es darf nicht sein, dass der Endlagerstandort am Ende rein politisch ausgewählt wird und dorthin kommt, wo die Behörden den geringsten Widerstand vermuten. Der Sicherheitsstandard der Zwischenlager muss grundlegend verbessert werden. Die derzeitigen Zwischenlager sind ungeeignet und gefährden die Bevölkerung.

## AKW-Abriss

### **10 Keine unkontrollierbare Verbreitung von Atomschutt**



Die unkontrollierte Verbreitung von Radionukliden durch AKW-Abrissmaterial muss unverzüglich gestoppt werden.

Der Umgang mit schwach radioaktivem Material aus dem Reaktorfeld, das beim Abriss der AKW anfällt, sorgt bundesweit für wachsenden Widerstand. Die Strahlenschutzverordnung (StrlSchV) sieht vor, Atommüll mit niedrigem Aktivitätsniveau aus der atomrechtlichen Überwachung zu entlassen. Die sogenannten „freigegebenen“ Abfälle gelten dann trotz messbarer Radioaktivität rechtlich nicht mehr als radioaktiv. Sie werden wie normaler Industriemüll behandelt: recycelt, verbrannt oder auf Deponien verscharrt. Dadurch will die Atomindustrie Lagerungskosten für radioaktive Abfälle einsparen. Mit Vorsorgeschutz hat das nichts mehr zu tun. Durch die weitläufige Freisetzung radioaktiver Stoffe wird das Strahlenrisiko für die Bevölkerung erhöht. Das muss sofort unterbunden werden. In allen Abschnitten des stilllegungs- und Abbaugenehmigungsverfahrens muss eine Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe erfolgen.

*Diese zehn Punkte sind Teil eines Forderungskatalogs von **.ausgestrahlt e.V.**, ergänzt um Aussagen der ÖDP.*